

ERDBEBEN KATASTROPHEN TSUNAMI SRI LANKA ÖSTERREICH ZUS

Österreichs Tsunami-Hilfsaktion in Diskussion - WEM**Utl.: "profil": Drei Viertel der zugesagten Gelder nicht ausbezahlt?****- Außenministerium: Zahlen unvollständig zitiert =**

Wien (APA) - Für Diskussionen sorgte am Wochenende ein Bericht des Nachrichtenmagazins "profil" in seiner Montag erscheinenden Ausgabe. Demnach hätte ein interner Revisionsbericht aus dem Finanzministerium schwere Versäumnisse bei der Hilfsaktion der ehemaligen österreichischen Bundesregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Hubert Gorbach für die Tsunami-Opfer in Südostasien belegt. So sei nur ein geringer Teil der zugesagten Mittel auch wirklich ausbezahlt worden. Am Sonntag bezeichnete das Außenministerium die Angaben in dem Magazin als unvollständig.

Im Jänner 2005, unmittelbar nach der Flutkatastrophe, hatte die Regierung Schüssel für Soforthilfe und Wiederaufbau in der Krisenregion 50 Millionen Euro versprochen - 34 Millionen davon wollte der Bund aufbringen, den Rest Länder, Städte und Gemeinden. Die Summe sollte bis Ende 2007 ausbezahlt werden, hieß es in einer Vorab-Meldung am Samstag.

Aus einem Bericht des im Finanzministerium angesiedelten Beirates gemäß Auslandskatastrophenfonds-Gesetz, das die Tsunami-Hilfsaktion überprüft, seien vom Bund bis Ende 2006 jedoch lediglich 8,8 Millionen Euro tatsächlich ausbezahlt worden. Für das Jahr 2007 seien weitere 60.000 Euro vorgesehen. In Summe hat die Bundesregierung also 8,9 Millionen Euro für Projekte zum Wiederaufbau aufgewendet. Laut "profil" fiel ein großer Teil dieser Summe für Sofortmaßnahmen unmittelbar nach der Katastrophe an - etwa für jene Kriminalisten, die bei der Identifizierung von Flutopfern in Thailand halfen, oder für jenes Bundesheer-Kontingent, das zwei Wasseraufbereitungsanlagen auf Sri Lanka betrieb.

"Es verbleiben demnach zum ursprünglich vorgesehenen Rahmen von 34 Millionen Euro noch 25,092 Millionen zur Verwendung", bilanziert der Beirat in seinem Bericht vom Juli 2007. Und weiter: "Da keine weiteren Projekte als Abwicklung gemeldet sind, ersucht der Beirat, daher seine Abberufung in Erwägung zu ziehen."

Wie "profil" weiter berichtet, wurde mit den Arbeiten am größten geplanten Einzelprojekt - dem vom damaligen Vizekanzler und Infrastrukturminister Hubert Gorbach ins Gespräch gebrachten Wiederaufbau einer zerstörten Bahnlinie an der Küste von Sri Lanka - niemals begonnen.

Am Sonntag erklärte das Außenministerium, dass die in dem Beitrag genannten Zahlen unvollständig wiedergegeben wären und nicht sämtliche Projekte der Wiederaufbauhilfe, die zum Teil aus anderen Quellen finanziert wurde, umfassten. So seien beispielsweise auch im Wege der Austrian Development Agency weitere zwei Mio. Euro aus dem regulären Budget der Ministerien zur Verfügung gestellt worden. Man habe jährlich umfassende Statistiken über die Verwendung der Gelder veröffentlicht.

Kritik kam bereits am Samstag von den Grünen und von der SPÖ. "Die Befürchtungen der Grünen, die Tsunami-Hilfsaktion würde viel Show für österreichische Regierungsmitglieder aber wenig Substanz für die

betroffene Bevölkerung bringen, scheinen sich durch den internen Revisionsbericht des Finanzministeriums zu bewahrheiten," erklärte Ulrike Lunacek, außen- und entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen. Ähnlich äußerte sich auch Petra Bayr, entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ. Sie sprach von Konzeptlosigkeit in der vorangegangenen Regierung. Beide Politikerinnen betonten, bereits zahlreiche Anfragen zu der Angelegenheit gestartet zu haben.
(Schluss) ww

APA302 2007-12-16/16:37